

Fraktionsklausur am 9. und 10. September 2013

Ein halbes Jahr Rot-Grün in Niedersachsen – Einstieg in eine nachhaltige, sozial gerechte und weltoffene Landespolitik!

Das erste halbe Jahr rot-grüner Landespolitik liegt hinter uns. Mit den Schwerpunkten aus der Koalitionsvereinbarung haben wir begonnen, zentrale Gerechtigkeitslücken in Niedersachsen zu schließen, und den Einstieg in eine nachhaltige, sozial-ökologische Wende geschafft.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Humanität und Weltoffenheit statt Ausgrenzung und Abschiebung, bäuerliche Landwirtschaft und Verbraucherorientierung, die ihren Namen auch verdienen, faire Arbeitsbedingungen und Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe sowie eine Bildungspolitik für alle Menschen sind endlich in den Blickpunkt landespolitischer Aktivitäten gelangt!

Haushalt und Finanzen

Wir haben eine schwierige Haushaltslage übernommen: Einen Landeshaushalt mit 60 Milliarden Euro Schulden und nach 10 Jahren Schwarz-Gelb eine ungedeckte mittelfristige Finanzplanung vorgefunden. Dazu kommt die schwierige Herausforderung, die Einhaltung des Kreditaufnahmeverbots des Grundgesetzes ab 2020 zu gewährleisten.

Wir werden trotz der schwierigen Ausgangslage für das neue Haushaltsjahr weitere Weichenstellungen vornehmen und die entscheidenden Gerechtigkeits Themen wie Bildungsteilhabe, Inklusion, den Kampf gegen Armut und den ökologisch-wirtschaftlichen Strukturwandel voranbringen.

Energie- und Atompolitik

Niedersachsen ist in der Atommüllfrage mit den Standorten Gorleben, Asse und Konrad in besonderer Weise belastet. Nicht nur Fukushima lehrt uns, dass der Betrieb von Atomkraftwerken mit unermesslichen Risiken verbunden ist. Wir setzen uns aus diesen Gründen weiterhin für einen schnellst-

möglichen Atomausstieg und strengste Sicherheitsauflagen ein. Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus unserer niedersächsischen Perspektive werden wir mit Nachdruck in die Arbeit der Endlager-Kommission einbringen.

Der Irrweg Atomkraft ist nur ein Grund dafür, dass die Energiewende kraftvoll vorangetrieben werden muss.

Wir wollen, dass Niedersachsen seiner Vorreiterrolle bei der Energiewende gerecht wird und im internationalen Klimaschutz Verantwortung übernimmt. Wir brauchen dringend einen neuen verlässlichen Rahmen, um die Dynamik beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zu erhalten. Niedersachsen wird sich daher mit eigenen Vorschlägen an der Neugestaltung des EEG und des zukünftigen Strommarktdesigns beteiligen.

Auf der Grundlage einer Windpotentialanalyse und einem Solarkataster werden wir einen Ausbaufahrplan in Niedersachsen erarbeiten. Die Klimaschutz- und Energieagentur wird als zentraler Akteur die lokale Arbeit an der Energiewende beratend, vernetzend und

koordinierend unterstützen. Eine zentrale Aufgabe ist die Förderung der Energieeffizienz in Unternehmen und Privathaushalten.

Der Ausbau von Erneuerbaren Energien muss mit Natur- und Landschaftsschutz zusammen gehen. Das Verbot von Biogasanlagen in Wasserschutzgebieten ist hierzu ein erster wichtiger Schritt.

Naturschutz und Agrarwende

Gemeinsam mit Fachverbänden und der interessierten Öffentlichkeit entwickeln wir eine Naturschutzstrategie für Niedersachsen, die den Schutz der Moore und den Klimaschutzgedanken mitberücksichtigt.

Zudem werden wir die Zusammenarbeit des behördlichen und des ehrenamtlichen Naturschutzes stärken. Dabei soll ein Schwerpunkt die Umweltbildung sein.

Wir haben bereits damit begonnen, die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe konsequent auf eine nachhaltige und klimaschonende Landbewirtschaftung auszurichten und den von Schwarz-Gelb vernachlässigten Natur- und Artenschutz als integralen Bestandteil attraktiver Lebensräume aufzuwerten.

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen, die Agrarwende in Niedersachsen umzusetzen, stehen natürlich neben den hohen Anforderungen an Umwelt-, Klima- und Tierschutz, auch Verbesserungen beim Verbraucherschutz. Kriminelle Verstöße gegen Tier- oder Verbraucherschutzgesetze wollen wir konsequent ahnden, damit der Rechtsstaat auch im Schweine- und Hühnerstall gilt.

Wir wollen im Flächenland Niedersachsen einen Aktionsplan zur Verbesserung der Versorgung mit regionalen Qualitätsprodukten erarbeiten und umsetzen.

Arbeit und Wirtschaft

Bereits im Wahlkampf haben wir im Zusammenhang mit den Fehlentwicklungen bei der Massentierhaltung auf schlechte Arbeits- und Lebensverhältnisse bei den Beschäftigten hingewiesen.

Das ganze unvorstellbare und erschreckende Ausmaß des Missbrauchs bei den Werkverträgen und der brutalen Ausbeutung osteuropäischer WerkvertragsarbeiterInnen hat sowohl die Landesregierung als auch die beiden Koalitionsfraktionen in den vergangenen Wochen stark beschäftigt. Wir haben ein Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht, das kurz-, mittel- und auch langfristig seine Wirkung entfalten wird, wenn alle Instrumente auf den unterschiedlichen Ebenen umgesetzt werden. Wir brauchen den Wechsel auf Bundesebene, um endlich einen Mindestlohn für alle Branchen von 8,50 € gesetzlich zu verankern, die Mitbestimmung der Betriebsräte auf Subunternehmen und deren Dienstleister auszuweiten, eine Generalunternehmerhaftung und eine Meldepflicht für WerksvertragsarbeiterInnen sowie eine Nachweispflicht von Sozial- und Krankenversicherung zu verankern.

Mit der niedersächsischen Bundesratsinitiative für eine schärfere Bestrafung des Menschenhandels bei ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen wollen wir auch den strafrechtlichen Druck verschärfen. Auf Landesebene haben wir als ersten Schritt einen Kriterienkatalog für soziale Mindeststandards für Wohnräume sowie Gemeinschaftsunterkünfte mit den kommunalen Spitzenverbänden auf den Weg gebracht. Wir überprüfen die EEG-Befreiung von Betrieben, die Dienstleistungen in Form von Werkverträgen auslagern und diese als Sachkosten geltend machen.

Wir haben ein Landesvergabegesetz auf den Weg gebracht, damit das Land als Auftraggeber seiner Vorbildfunktion gerecht wird und soziale und ökologische Mindeststandards einfordert.

Frauenpolitik

Jetzt, da wir in Regierungsverantwortung stehen und das Bundesland wieder zum Vorbild konsequenter Frauenförderung machen, steht die Reform des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes mit der neuen Zielsetzung aktiver Frauenförderung

ganz oben auf der Agenda. Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist aktuell wie nie. Unsere Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn kommt vor allem Frauen zugute, die unverhältnismäßig häufig in unsicheren, schlecht bezahlten und tariflich nicht gebundenen Branchen arbeiten.

Migration und Teilhabe

Die Flüchtlingspolitik hatte sich in den Regierungsjahren von CDU und FDP massiv verschlechtert. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte die sowieso schon durch Bundesrecht stark beschnittenen Rechte von Flüchtlingen noch weiter ausgehöhlt. Die Grünen hatten einen Paradigmenwechsel eingefordert und die ersten Schritte hierzu sind bereits vollzogen. Dazu gehören die Reform der Härtefallkommission, Abschaffung der Wertgutscheinpraxis, Lockerung der Residenzpflicht und die Aufnahme von syrischen Familienangehörigen. Unser erklärtes Ziel ist es, die „Kettenduldungen“ im Rahmen unserer landespolitischen Handlungsmöglichkeiten abzuschaffen und jedem Menschen, egal welchen Aufenthaltsstatus er/sie besitzt, die gleichen Rechte und Chancen teilwerden zu lassen: So soll der Zugang zu Integrations- und Sprachkursen genauso ermöglicht werden wie der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt. Außerdem gilt: Das Land wirkt darauf hin, dass die Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum versorgt ist - dies gilt auch für Zugewanderte. Eine Unterbringung in Lagern lehnen wir daher ab.

Migration und Teilhabe gemeinsam zu denken ist zentraler Bestandteil unseres politischen Handelns. Wir werden deshalb ein Migrations- und Teilhabegesetz auf den Weg bringen, welches die Chancengleichheit für Zugewanderte in allen Bereichen unseres Lebens sicherstellen soll und die Vielfalt unserer Bevölkerung widerspiegelt. Wir werden die Integrationsleitstellen zu kommunalen Migrations- und Teilhabezentren

weiterentwickeln. Neben den klassischen Beratungseinrichtungen zu Fragen der Migration sollen hier die Themen Bildung, Arbeit und Gesundheit gebündelt werden. Die Migrantenselbstorganisationen müssen hierbei eine tragende Rolle spielen. Darüber hinaus werden wir das erste Landestraumazentrum für Flüchtlinge gründen.

Rechts- und Innenpolitik

Grüne Justizpolitik schützt die BürgerInnen- und Menschenrechte und garantiert den Zugang zum Recht für alle Menschen, unabhängig von Einkommen oder Wohnort. Wir setzen uns für einen humanen Strafvollzug ein, der Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig werden wir die Unterstützung für Opfer von Straftaten weiter ausbauen.

Ziel Grüner Landespolitik ist es, Alternativen zur Abschiebehaft umzusetzen.

Wir werden ein Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte einrichten, um Nazis und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequent entgegenzutreten und zivilgesellschaftliche Gruppen in ganz Niedersachsen dabei zu unterstützen. Das NPD-Verbotsverfahren werden wir entschieden weiter vorantreiben.

Den Verfassungsschutz werden wir bürgerrechtlich reformieren und sicherstellen, dass er sich zukünftig wieder auf die Beobachtung echter Verfassungsfeinde konzentriert. Eine Fachkommission zur Reform des Verfassungsschutzes wurde von Innenminister Boris Pistorius eingerichtet. Die Arbeit beginnt.

Wir sind in die Überarbeitung des niedersächsischen Polizeigesetzes eingestiegen. Wir wollen die Gefahrenabwehr grundlegend neu gestalten und den Schutz von BürgerInnen- und Grundrechten stärker in den Vordergrund stellen. Die Beschwerdestelle für Polizeiliche Angelegenheiten und die Kennzeichnung in geschlossenen Einsätzen werden umgesetzt.

Sozialpolitik

Für das selbstbestimmte Leben im Alter brauchen wir einen Perspektivwechsel. Auch bei größerem Hilfebedarf oder bei Pflegebedürftigkeit muss dem Wunsch der meisten Menschen entsprochen werden, so selbstständig wie möglich in der vertrauten Umgebung, das heißt auch in der eigenen Wohnung, weiter wohnen zu können. Deshalb wollen wir ein Programm „Wohnen und Pflege im Quartier“ auflegen, das die Bildung von Netzwerken und die Koordination von Unterstützungsleistungen im Wohnquartier zum Ziel hat. Dazu gehört auch die Förderung des betreuten und des gemeinschaftlichen Wohnens. Hierfür werden wir das Niedersächsische Heimgesetz ändern.

Niedersachsen wird seinen Anforderungen für ein inklusives Zusammenleben aller Menschen nachkommen. Inklusion ist nicht nur eine Herausforderung für unsere KiTas und Schulen, sondern für alle Lebensphasen. Mit der Einrichtung einer Fachkommission Inklusion durch das Sozialministerium ist seit der Regierungsübernahme ein erster Schritt in die richtige Richtung getan worden. Der Landtag selbst wird seiner Vorbildfunktion im Bereich der Inklusion gerecht werden.

Bildung und Kinderbetreuung

Grüne Schulpolitik steht für mehr Qualität und Gerechtigkeit in der Bildung. Wir haben deshalb die Diskriminierung der Gesamtschulen sofort beendet und das Turbo-Abitur an dieser Schulform abgeschafft.

Mit der Inklusion haben wir eine tiefgreifende Umgestaltung der Schule angestoßen. Unser Ziel ist, jedem Kind in seiner Besonderheit gerecht zu werden. Dazu gehört unter anderem die Förderung von Mehrsprachigkeit und die interkulturelle Öffnung des Bildungswesens. Ganztagschulen sind ein Meilenstein für mehr Bildungsgerechtigkeit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb werden wir sie ausbauen und vor allem mit LehrerInnenstunden besser ausstatten.

Die Anzahl der Krippenplätze muss weiter erhöht und die Qualität der Kinderbetreuung verbessert werden.

Mit der auf den Weg gebrachten Abschaffung der Studiengebühren haben wir bereits einen wichtigen Meilenstein gesetzt, um den Zugang zum Studium in Niedersachsen allen, unabhängig vom Geldbeutel, zu ermöglichen.

Mit einer großen Kraftanstrengung der gesamten Landesregierung ist es gelungen, dass den Hochschulen der Wegfall der Studiengebühren vollständig kompensiert wird. Ein Hochschulentwicklungsvertrag ist zeitgleich auf den Weg gebracht worden.

Ausblick

Für uns bleibt es ein hoher politischer Anspruch, gesellschaftliche Entwicklungen und Prozesse im Dialog zu bewegen. Wir werden auch unsere Landesregierung aufmerksam und kritisch begleiten, wenn es gilt, demokratisch und im Sinne einer Bündelung aller vorhandenen Kräfte im Land die Weichen für ein weltoffeneres, gerechteres und zukunftsfähiges Niedersachsen zu stellen.

Dazu gehört, dass wir uns als grüne Abgeordnete nicht nur vor Ort in Diskussionen einbringen, sondern auch für überregionale Themen gemeinsam mit unseren Ministerinnen und Ministern Formate der BürgerInnenbeteiligung entwickeln, die es Bürgerinnen und Bürgern möglich machen, niedrigschwellig mit zu entscheiden.

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion
Niedersachsen**
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4201,
gruene@lt.niedersachsen.de

Mehr Infos:

www.fraktion.gruene-niedersachsen.de